Bekanntmachung nach § 17b Abs. 3 FStrG

Planfeststellungsbeschluss für den Ersatzneubau der Talbrücke Blasbach im Zuge der Bundesautobahn A 45 mit sechsstreifigem Ausbau zwischen der Landesgrenze Hessen/Nordrhein-Westfalen und dem „Gambacher Kreuz“ von Bau-km 162,633 bis Bau-km 164,388 in den Gemarkungen Hermannstein, Niedergirmes und Naunheim der Stadt Wetzlar

Nach §§ 17 ff. des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in Verbindung mit §§ 73 ff. des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) ist auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Autobahn GmbH des Bundes – Außenstelle Dillenburg -, vom 28. Oktober 2021 der Plan für das oben genannte Vorhaben mit den sich aus den Violetteintragungen in den Planunterlagen ergebenden Änderungen und Ergänzungen, vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum durch Planfeststellungsbeschluss vom 17. März 2025 – Az.: VI 6-061-k-04#2.211 - festgestellt worden. Es wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach § 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt.

I. Gegenstand der Planfeststellung

Das planfestgestellte Vorhaben, insgesamt eine Strecke von 1,755 km, umfasst den Ersatzneubau der Talbrücke Blasbach und den 6-streifigem Ausbau der A 45 in diesem Bereich, einschließlich der damit verbundenen, folgenden Maßnahmen: Errichtung von Retentionsbodenfilterbecken und Mulden-Rigolen-Element, Maßnahmen zur Kompensation des Eingriffs in Natur und Landschaft, bauzeitige Verrohrung und naturnaher Rückbau des Blasbaches.

II. Wasserrechtliche Erlaubnisse nach § 19 Abs. 1 und 3 WHG

Es wurde widerruflich die Erlaubnis erteilt, das von den befestigten Straßenflächen und zugehörigen Nebenflächen gesammelt abfließende Niederschlagswasser über Entwässerungseinrichtungen nach Maßgabe der planfestgestellten Unterlagen Nr. 8 und 11 sowie der nachrichtlichen Unterlage 18.1 in oberirdische Gewässer wie folgt einzuleiten (§§ 8, 9 Abs. 1 Nr. 4, 13 sowie 57 WHG):

- aus dem Entwässerungsabschnitt 1.2 der A 45 von Bau-km 162+633 bis Bau-km 162+770 der Richtungsfahrbahn Hanau und von Bau-km 162+770 bis Bau-km 163+050 der Richtungsfahrbahn Dortmund sowie aus den Rampen „Hanau > Aßlar“ und „Hanau > Blasbach“ und der Rampenböschung bis zur nördlichen Autobahnböschung bei Bau-km 163+095 über das neu zu errichtende Mulden-Rigolen-Element bei Bau-km 163+154 eine Wassermenge von bis zu 5 l/s in der Gemarkung Hermannstein, Flur 6, Flurstück 96/2 (Rechtswert: 32464498,000, Hochwert: 5604920,000) in den Blasbach,
- aus dem Entwässerungsabschnitt 2.2 der A 45 (inkl. der Talbrücke Blasbach) von Bau-km 163+050 bis Bau-km 163+600 (Fahrtrichtung Dortmund) bzw. Bau-km 163+900 (Fahrtrichtung Hanau) über den neu zu errichtenden Retentionsbodenfilter bei Bau-km 163+275 eine Wassermenge von bis zu 10,2 l/s in der Gemarkung Hermannstein, Flur 6, Flurstück 96/2 (Rechtswert 32464499,177 Hochwert 5604888,702) in den Blasbach.

Es wurde widerruflich und befristet auf die jeweilige Bauzeit die Erlaubnis erteilt, das im Zusammenhang mit dem Ausbau der A 45 im Verlauf der Bauarbeiten auf den Bauflächen und Baustraßen sowie bereits fertiggestellten Fahrbahnflächen bis zur Inbetriebnahme der Retentionsbodenfilteranlage bzw. des Mulden-Rigolen-Elements anfallende Niederschlagswasser sowie das im Rahmen der Bohrungen für die Tiefgründung der Talbrücke Blasbach und für die Herstellung der Retentionsbodenfilteranlage anfallende, durch Betonschlämme und Bodenpartikel verunreinigte Grundwasser sowie das bei der Tiefgründung anfallende schlammhaltige Bohrwasser über geeignete, ausreichend dimensionierte Absetz- und Neutralisationsanlagen wie folgt einzuleiten (17 FStrG i. V. m. § 19 Abs. 1, 3, § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 4, § 11, § 12 WHG i. V. m. § 11, § 9 HWG):

- Niederschlagswasser aus dem Entwässerungsabschnitt 1.1 von Bau-km 162+633 bis Bau-km 162+770 der Richtungsfahrbahn Dortmund und von Bau-km 162+770 bis Bau-km 163+050 der Richtungsfahrbahn Hanau sowie von den Rampen „Aßlar > Hanau“ und „Blasbach > Hanau“ auf der Südseite der A45 analog zum Bestand über die Böschung und über die bestehenden Entwässerungsanlagen des Wetzlarer Kreuzes in den Schacht „RaS70“, Gemarkung Hermannstein, Flur 28, Flurstück 3, Ostwert 463958, Nordwert 5604988,
- Grund- und Niederschlagswasser aus dem Entwässerungsabschnitt 1.2 von Bau-km 162+633 bis Bau-km 162+770 der Richtungsfahrbahn Hanau und von Bau-km 162+770 bis Bau-km 163+050 der Richtungsfahrbahn Dortmund sowie der Rampen „Hanau > Aßlar“ und „Hanau > Blasbach“ in der Gemarkung Hermannstein, Flur 6, Flurstück 96/2 (Rechtswert: 32464498,000, Hochwert: 5604920,000) in den Blasbach,
- Grund- und Niederschlagswasser aus dem Entwässerungsabschnitt 2.2 der Richtungsfahrbahn Dortmund von Bau-km 163+050 bis Bau-km 163+600 und der Richtungsfahrbahn Hanau von Bau-km 163+050 bis Bau-km 163+900 in der Gemarkung Hermannstein, Flur 6, Flurstück 96/2 (Rechtswert 32464499,177 Hochwert 5604888,702) in den Blasbach,
- Niederschlagswasser aus dem Entwässerungsabschnitt 3.2 der Richtungsfahrbahn Dortmund von Bau-km 163+600 bis Bau-km 164+388 und der Richtungsfahrbahn Hanau von Bau-km 163+900 bis Bau-km 164+388 über die vorhandene Mittelstreifenentwässerung des südöstlichen Nachbarabschnitts in den Schacht „MEO401“, Gemarkung Naunheim, Flur 25, Flurstück 311, Ostwert 465644, Nordwert 5604651.

Es wurde befristet für die Dauer der Bauzeit die Erlaubnis erteilt, das bauzeitig bei der Bohrung der Tiefgründungen im Zuge der Wasserhaltungsmaßnahmen anfallende Grundwasser zu entnehmen, zutage zu fördern, zutage zuleiten und bauzeitig abzuleiten (Temporäre Wasserhaltung), § 17 FStrG i. V. m. § 19 Abs. 1, 3, § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 5, § 11, § 12 WHG i. V. m. § 11, § 9 HWG.

III. Weitere von der Planfeststellung umfasste Entscheidungen

Der Planfeststellungsbeschluss umfasst insbesondere folgende öffentlich-rechtlichen Entscheidungen (§ 17 FStrG in Verbindung mit § 75 Abs. 1 HVwVfG):

1. Naturschutzrechtliche Entscheidungen

Die Zulassung des mit der Realisierung des planfestgestellten Vorhabens verbundenen Eingriffs in Natur und Landschaft, §§ 17 Abs. 1 und 15 BNatSchG i.V.m. §§ 7 ff. HAGBNatSchG.

Die Ausnahme von dem Verbot der Zerstörung oder erheblichen Beeinträchtigung der gesetzlich geschützten Biotope, hier natürliche oder naturnahe Bereiche fließender und stehender Binnengewässer einschließlich ihrer Ufer und der dazugehörigen uferbegleitenden natürlichen oder naturnahen Vegetation sowie magere Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen nach Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG, § 30 Abs. 3 BNatSchG.

2. Forstrechtliche Genehmigung

Die Genehmigung der Rodung von Wald zum Zwecke einer dauerhaften und temporären Nutzungsänderung, § 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 HWaldG i.V.m. § 9 BWaldG sowie die Genehmigung für die Aufforstung, § 14 Abs. 1 HWaldG.

3. Wasserrechtliche Entscheidungen

Die Planfeststellung für die wesentliche Umgestaltung eines Gewässers oder seiner Ufer (Gewässerausbau) in Form der temporären Verrohrung des Blasbachs während der Bauzeit im Bereich von Bau-km 163+210 auf einer Länge von rd. 94m sowie die anschließende naturnahe Wiederherstellung, §§ 67 Abs. 2, 68 Abs. 1 WHG, §§ 43 Abs. 1, 44 HWG.

Die wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung für den Verbotstatbestand des

Herstellens von Erdaufschlüssen mit einer wesentlichen Minderung der Grundwasserüberdeckung, § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG, §§ 4 Nr. 25, 13 der „Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage „Brunnen Naunheim“ der Stadtwerke Wetzlar in der Gemarkung Naunheim.

4. Straßenrechtliche Entscheidung

Nach § 2 Abs. 1, Abs. 6a Satz 1 FStrG wurden die von der Baumaßnahme umfassten Straßenbestandteile der Bundesautobahn A 45, die Fahrbahnen auf den neuen Brückenbauwerken, die Anpassung der Anschlussstrecken inkl. des provisorisch herzustellenden Übergangsbereichs von dem Abschnitt Talbrücke Blasbach und Talbrücke Engelsbach) von Betr.-km 162,633 bis Betr.-km 164,388 als Bestandteil der Bundesautobahn A 45 für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

5. Nebenbestimmungen, Auflagen

Der Vorhabenträgerin wurden zum Wohl der Allgemeinheit und zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte anderer die erforderlichen Nebenbestimmungen auferlegt, insbesondere Auflagen zum Schutz von Natur und Landschaft, Bodenschutz, Gewässerschutz sowie Lärmschutz (u.a. Ansprüche auf Entschädigung für passiven Schallschutz).

5. Entscheidungen über Anträge, Stellungnahmen und Einwendungen sowie Zusagen

In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle Stellungnahmen und eingegangenen Einwendungen entschieden worden, soweit ihnen nicht durch Planänderungen oder Zusagen entsprochen worden ist oder diese sich nicht auf andere Art und Weise im Laufe des Verfahrens erledigt haben.

III. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim

Hessischen Verwaltungsgerichtshof
Goethestraße 41-43
34119 Kassel

erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, nunmehr vertreten durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sind innerhalb einer Frist von zehn Wochen nach Klageerhebung anzugeben. Erklärungen und Beweismittel, die erst nach Ablauf dieser Frist vorgebracht werden, können durch das Gericht zurückgewiesen werden.

Die Klage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss hat nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3a der VwGO keine aufschiebende Wirkung. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage gegen den Planfeststellungsbeschluss nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO kann nach § 17e Abs. 2 Satz 1 FStrG nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof gestellt und begründet werden.

Vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof muss sich jeder Beteiligte, soweit er einen Antrag stellt, durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. Welche Bevollmächtigten dafür zugelassen sind, ergibt sich aus § 67 VwGO.

IV. Hinweise

Der Planfeststellungsbeschluss mit einer Rechtsbehelfsbelehrung, der festgestellte Plan sowie diese Bekanntmachung werden für die Dauer von zwei Wochen in der Zeit vom

23. April 2025 bis einschließlich 6. Mai 2025

im Internet zur allgemeinen Einsicht veröffentlicht. Die Veröffentlichung im Internet erfolgt im Verwaltungsportal des Landes Hessen (<https://verwaltungsportal.hessen.de> → Unternehmen → Bauen und Immobilien → Bauplanung/Bauverfahren → Informationen → Planfeststellungsbeschluss A 45 Ersatzneubau der Talbrücke Blasbach) sowie im UVP-Portal des Landes Hessen (www.uvp-verbund.de).

Zusätzlich werden andere leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt, § 17b Abs. 3 Satz 3 FStrG. Entsprechende Anfragen können bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist an die Planfeststellungsbehörde (E-Mail-Adresse poststelle@wirtschaft.hessen.de, unter Nennung des Referats VI 6 Planfeststellung Bundesautobahnen als Adressat) gesendet werden.

Durch die Veröffentlichung wird nach § 17b Abs. 3 Satz 1 FStrG die Zustellung, Auslegung und Bekanntmachung der Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses nach § 74 VwVfG und § 27 UVPG bewirkt. Der Planfeststellungsbeschluss gilt mit dem Ende der Veröffentlichungsfrist dem Träger des Vorhabens, den Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, als zugestellt (§ 17b Abs. 3 Satz 4 FStrG).

Die Abhandlung der Einwendungen Privater erfolgte im Planfeststellungsbeschluss aus datenschutzrechtlichen Gründen in anonymisierter Form unter Verwendung der Bezeichnungen aus dem Anhörungsverfahren. Auch die in den Planunterlagen enthaltenen Grunderwerbsunterlagen enthalten aus diesem Grund keine Angaben über Namen und Anschriften der Grundeigentümer. Einwendern sowie betroffenen Grundeigentümern wird von der Planfeststellungsbehörde auf Anfrage über die oben genannten Kontaktmöglichkeiten Auskunft über die Zuordnung der Einwendungen und die von dem Vorhaben betroffenen eigenen Grundstücke gegeben. Auf Grundlage des § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 Hessischen Umweltinformationsgesetzes (HUIG) sind darüber hinaus in den Planunterlagen sowie im Planfeststellungsbeschluss detaillierte Informationen zu besonders sensiblen Arten nicht dargestellt bzw. geschwärzt.

Wiesbaden, den 09. April 2025

**Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum
VI 6-061-k-04#2.211**